

Pressemitteilung

06.06.2012

Astrid Vockert zur A20-Entscheidung in Schleswig-Holstein:

„Wortbruch der übelsten Sorte“

Nun sind die SPD-Spitzen in Bund und Niedersachsen gefordert

„Das ist Wortbruch der übelsten Sorte“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert und meint die Vereinbarung im Koalitionsvertrag der künftigen Landesregierung Schleswig-Holsteins, wonach die A20 nicht nach Niedersachsen weitergebaut werden solle.

Bei ihrer massiven Kritik bezieht sich die Landtagsvizepräsidentin, die auch Vorsitzende des Parlamentarischen Beirates des Fördervereins Pro A20 ist, auf eine Reihe von Äußerungen des designierten Ministerpräsidenten Torsten Albig.

Dieser habe im Wahlkampf und bei anderen Gelegenheiten stets die Notwendigkeit und den Nutzen der Küstenautobahn unterstrichen, erinnert Astrid Vockert.

Nach den Landtagswahlen sei ihm „seine Glaubwürdigkeit plötzlich gleichgültig“ und er blockiere „unter dem Druck der grünen Traumtänzer“ ein Infrastrukturprojekt, das bisher von allen norddeutschen Ländern einvernehmlich unterstützt worden sei. So hätten die Landesregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen mit dem Bund noch im Februar 2012 betont, dass die A20 voran getrieben werden müsse.

„Ich erwarte, dass sich Schleswig-Holstein an die bisherigen Vereinbarungen hält“, so die Landtagsabgeordnete, die seit mehr als zwei Jahrzehnten für die Küstenautobahn kämpft.

Sie fügt hinzu: „Ich fordere ebenfalls, dass der SPD-Bundesvorsitzende und erklärte A20-Befürworter Gabriel mit seinen Parteifreunden in Kiel ein sehr ernstes Wort spricht.“ Das gelte gleichermaßen für die niedersächsische SPD-Spitze, die sich ebenfalls wiederholt für die A20 ausgesprochen habe: „Die Frage drängt sich natürlich auf, wie ernst diese Bekundungen tatsächlich zu nehmen sind und ob auch bei der niedersächsischen SPD die Gefahr eines Wortbruchs besteht.“

Nach Auffassung von Astrid Vockert ist es eine Illusion, die immer weiter wachsenden Güterverkehre ohne die A20 bewältigen zu wollen. Die Seeverkehrsprognose des Bundesverkehrsministerium spreche hier eine deutliche Sprache und erkenne bis zum Jahr 2025 einen Mengenzuwachs von 226 Millionen Tonnen auf 600 Millionen Tonnen. Die Globalisierung der Verkehre habe zu einem Boom der maritimen Wirtschaft geführt – „und Niedersachsen ist von dieser Entwicklung in besonderem Maße ein Nutznießer“. Auch vor diesem Hintergrund sei der Bau der A20 unverzichtbar und „der Wortbruch in Schleswig-Holstein ein Skandal“.